

# Liechtensteiner Volksblatt

AZ - FL-9494 Schaan, Dienstag, 19. November 1974

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

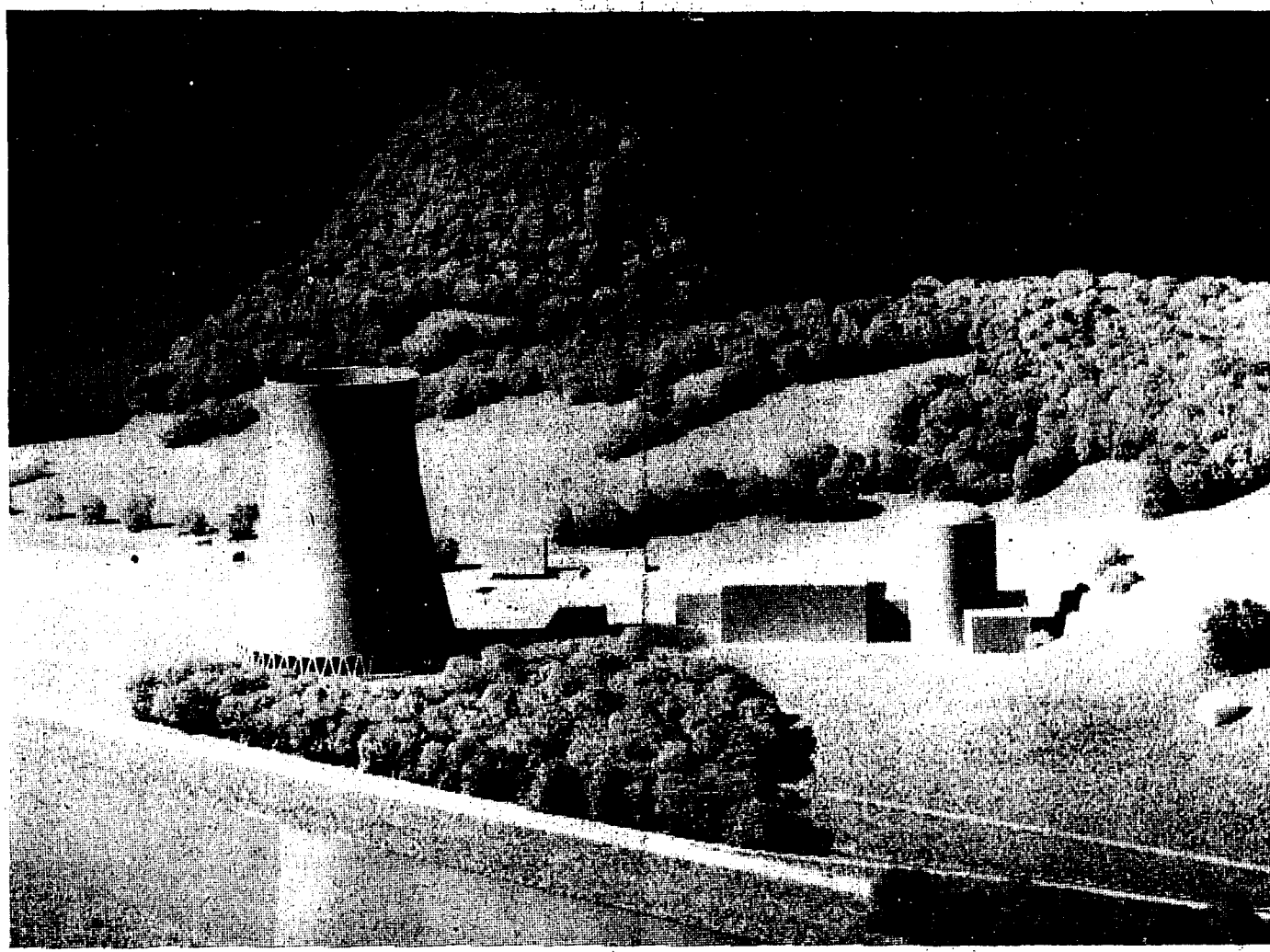
Mit den amtlichen Publikationen

107. Jahrgang - Nr. 172

## AKW-Rüthi

Kühlturmbau liegt vor

Ein wichtiges Dokument im Zusammenhang mit dem Projekt für ein Kernkraftwerk in Rüthi, der sogenannte Kühlturmbau, ist am Freitag in Bern veröffentlicht worden. Aufgabe der eidgenössischen Kommission, welche für diesen Bericht verantwortlich zeichnet, war die Untersuchung allfälliger meteorologischer Auswirkungen der Dampfschwaden aus dem Kühlturm auf die Umgebung. Der Bericht kommt nun zur Auffassung, dass der Kühlturm bestenfalls auf die unmittelbare Umgebung und auch dort nur in geringfügigem Ausmass Einfluss auf die Witterung haben könnte. Gemäss Kühlturmbau bleibt jetzt nur noch der optische Eindruck des immerhin 150 Meter hohen Turmes (unser Bild zeigt ein Modell) auf die Landschaft. Nachdem die technischen Grundlagen für die Konzessionserteilung nun erarbeitet sind, haben die politischen Instanzen des Bundes, welche die Betriebsbewilligung erteilen müssen, das Wort. Lesen Sie dazu den Bericht unseres Berner Mitarbeiters Jürg Schoch auf Seite 3.



Wirtschaft geschaffen werden muss, nicht nur jetzt, wo angesichts verschiedener Krisenzeichen das Gespräch von beiden Seiten gesucht und fortgeführt werden muss, sondern auch für alle Zukunft. Er denkt dabei an die Schaffung einer ständigen Einrichtung, in der alle Sektoren der Wirtschaft vertreten sind. Von seiner Seite aus sei der Wille zu einer solchen Kooperation vorhanden. Dr. Kieber streifte zum Schluss noch die aktuelle Situation und konnte dem Landtag mitteilen, dass die Arbeitslosenversicherung trotz Entlassungen in einem liechtensteinischen Industriebetrieb nicht gezwungen ist, Arbeitslosenrenten auszuzahlen, sondern dass es im Gegenteil gelungen ist, die entlassenen Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln.

## Die aktuelle Frage

Wann kommt die Revision unseres Steuergesetzes?

Ueber die Notwendigkeit einer generellen Revision unseres Steuergesetzes herrscht grundsätzlich Einigkeit. Die Tatsache, dass Einkommen aus Vermögenswerten mit unserem heutigen Steuersystem kaum erfasst werden können, wird insgesamt als Mangel und als Benachteiligung des vermögenslosen, bzw. weniger vermögenden Bürgers anerkannt. Während Landtagsvizepräsident K. H. Ritter (VU) anlässlich der ersten Lesung des Gebührengesetzes am 2. Mai im Landtag erklärte, «dass für die Verbesserung der Staatseinnahmen die dafür vorgesehenen Mittel, nämlich die Steuern heranzuziehen sind», bestritt Union-Sprecher Kinle am Donnerstag letzter Woche weitgehend die Notwendigkeit von Steuererhöhungen. Eines seiner Argumente lief darauf hinaus, dass die Revision des Steuergesetzes, also die Einführung der Einkommenssteuer ohnehin kurz bevorstehe. — Zwar bestätigte Regierungschef Dr. Walter Kieber, dass er bzw. die Regierung diese Aufgabe bereits in die Hand genommen habe und ein erstes Arbeitspapier von Fachexperten bis Ende des Jahres vorliege. Selbst bei Einhaltung der Termine und bei schneller Arbeitsweise wird es jedoch noch zwei bis drei Jahre dauern, bis ein beschlussreifer Gesetzestext vorliegt. Es geht um eine grundsätzliche Aenderung des Systems, was einer sorgfältigen Vorbereitung und einem möglichst umfassenden Vernehmlassungsverfahren mit allen Interessengemeinschaften ruft. Bis dahin aber können die wachsenden Mehreinnahmen des Staates (allein für die neue AHV-Rentenerhöhung muss das Land ab 1. Januar jährlich weitere 800 000 Franken zuschliessen) nur durch entsprechende Anpassungen über das heutige Steuergesetz ausgeglichen werden.

## Regierung sucht engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft

Antwort von Regierungschef Dr. Walter Kieber im öffentlichen Landtag

Wie bereits in der Samstagausgabe kurz berichtet, wurden im öffentlichen Landtag vom Donnerstag auch Fragen betreffend die wirtschaftlichen Krisenzeichen aufgeworfen. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Abgeordneten Noldi Frommelt (FBP) nahmen sowohl der Ressortchef Wirtschaft, Hans Brunhart, wie der Regierungschef selbst Stellung. Während Vizechef Brunhart ein Bild der Gesamtsituation, vor allem auch unter Verweis auf die entsprechende Entwicklung in der Schweiz zeichnete, ging Regierungschef Dr. Walter Kieber konkret auf die liechtensteinische Situation ein.

Er wies eingangs darauf hin, dass die Wirtschaftspolitik nicht allein Sache eines einzigen Ressorts sein kann, sondern allgemeine Regierungspolitik darstelle und die verschiedensten Bereiche staatlichen Handelns berühre. Er zeigte vorerst jene Instrumente auf, die dem Staat zur Verfügung stehen, um das Wirtschaftsgeschehen staatlicherseits direkt zu beeinflussen.

● **Fiskalpolitik:** In diesem Rahmen ist vor allem die Steuerbelastung der Wirtschaftssubjekte zu verstehen.

● **Arbeitsmarktpolitik:** Darunter fällt insbesondere die Zulassung und Zuteilung von Fremdarbeitern.

● **Konzessionspolitik:** Darunter ist die Zulassung neuer Betriebe und die Erweiterung bestehender Betriebe im Rahmen des Gewerbesetzes zu verstehen.

● **Konjunkturpolitik:** Dieser Zweig der allgemeinen Wirtschaftspolitik ist relativ jung. Liechtenstein trifft in der letzten Zeit im Gleichschritt zu den schweizerischen Massnahmen entsprechende Konjunkturdämpfungsmassnahmen, beispielsweise Kreditabschluss, Baubeschluss.

● **Subventionen** an die Landwirtschaft als Teil der liechtensteinischen Volkswirtschaft.

● **Vergebung öffentlicher Aufträge** an einheimische Unternehmen.

● **Verschiedene kleinere Teilbereiche** (z.B. Wettbewerbspolitik, Berufsberatung, Förderung der Berufsbildung, Fremdenverkehrsförderung).

Der Regierungschef wies darauf hin, dass der Staat selbstverständlich eine Reihe von indirekten

Massnahmen trifft, die von wirtschaftspolitischer Bedeutung sind. Er verwies in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Sozialpolitik des Staates, auf die Wohnbauförderung und auf den Ausbau des Schulwesens. Eine ganze Reihe von Instrumenten, so führte der Regierungschef aus, liegt kraft der Zollunion mit der Schweiz in den Händen der schweizerischen Behörden. Darunter fallen vor allem die Zollpolitik, die Aussenhandelspolitik und auch ein Teil der Steuerpolitik im Bereich der indirekten Steuern.

**Die Instrumente des Staates**

Wenn also von liechtensteinischer Wirtschaftspolitik gesprochen wird, so muss sie immer im Rahmen dieses dem Staat gegebenen Instrumentariums gesehen werden.

Der Regierungschef vertrat die Auffassung, dass das zur Verfügung stehende Instrumentarium, wie er es aufgeführt hat, von der liechtensteinischen Regierung in einer wirt-

schafts- und leistungsfreundlichen Art zum Einsatz gebracht wurde, insbesondere im Bereich der Fiskalpolitik.

Der Regierungschef kam daraufhin auf das gegenseitige Verhältnis von Staat und Wirtschaft zu sprechen und charakterisierte dieses wie folgt:

**Gewollt loser Kontakt**

Es besteht heute ein loser Kontakt zwischen der Regierung und den zuständigen Aemtern mit den verschiedenen Wirtschaftsverbänden, der von beiden Seiten so gewollt ist. Kurz gesagt, werden die Kontakte dann besonders gesucht, wenn ein Teil vom andern Teil etwas wollte und speziell auch dann, wenn die Regierung gewisse Massnahmen, die von wirtschaftspolitischem Einschlag sind (Gesetzesvorlagen usw.), den Verbänden zur Vernehmlassung unterbreitete. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft sei, so führte Dr. Kieber aus, konstruktiv und von gegenseitigem Verständnis getragen. Allerdings war es offensichtlich das Bestreben der Wirtschaft selbst, dass die gegenseitigen Beziehungen sozusagen etwas auf Distanz gehalten werden aus dem natürlichen Grund heraus, dass eine freie Wirtschaft immer einen allfälligen Wirtschaftsdirigismus des Staates fürchtet. Ein bededtes Beispiel dafür ist die Tatsache, dass es dem Staat heute nicht gelungen ist, eine Wirtschaftsstatistik, die diesen Namen verdient, aufzubauen. Der Aufbau einer solchen Statistik würde ein viel engere Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft voraussetzen und eine stärkere Offenlegung der Verhältnisse.

**Zusammenarbeit verstärken**

Dr. Kieber vertritt die Auffassung, dass ein stärkeres Koordinationsverhältnis zwischen Staat und

## Sauberes Wasser

Symbolischer Spatenstich für die Kläranlage Bendern

Nachdem mit den Bauarbeiten zur Kläranlage Bendern schon vor einiger Zeit begonnen worden war, lud die Betriebskommission des Abwasserzweckverbandes Liechtensteiner Unterland und Schaan am vergangenen Freitag zum symbolischen Spatenstich ein. Unter den etwa 35 Gästen konnte der Präsident des Zweckverbandes, der Eschner Vorsteher Egon Marxer, neben Regierungsrat Dr. Georg Malin als zuständigen Ressortchef auch die Vertreter sämtlicher beteiligter Ge-

meinden begrüßen. Auf der Baustelle übernahm es Ing. Werner Steiner namens der Ingenieurgemeinschaft Sprenger/Steiner/Wenaweser den Gästen den Kopf des Abwassersystems, für das in der Zwischenzeit bereits 8.5 Millionen Franken aufgewendet worden sind, zu erklären. Mit einem Imbiss im Restaurant «Deutscher Rhein» und weiteren Erläuterungen anhand der Pläne und des Modells der Anlage schloss die kleine Feier zum Spatenstich.

**UNSERE BANK FÜR ALLE**  
DIE BANK FÜR ALLE  
Verwaltungs- und Privat-Bank Aktiengesellschaft  
9490 Vaduz

**nehri**  
HAUSHALT  
Geschenk-Shop  
Städtle Vaduz  
Telefon 2 57 70